Von der 50. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht v. 3./4. Juni 1961 in Aarau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **17 (1961)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Von der 50. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht v. 3./4. Juni 1961 in Aarau

Eine Stadträtin stellt sich vor: *Lucette Favre-Rognon* aus Neuenburg, früher Krankenschwester, jetzt verheiratet, Mutter eines kleinen Jungen von vier Jahren. Seit 8 Monaten Mitglied des Stadtrates (Legislative) von Neuenburg. Seit dem 7. Mai auch noch Kantonsrätin. Sachlich, ernst spricht sie von ihrer Arbeit im Stadtrat: Eine Motion, in der sie die Einrichtung von Schülerhorten verlangt hat, eine andere, die die Erhöhung der Zusatzrenten für Betagte bezweckt. Frau Favre berichtet auch über die Motion ihrer Kollegin Raymonde Schweizer im Kantonsrat: Erstellung neuer Pensionsheime für junge Leute, die von auswärts kommen, und zwar nicht nur für Burschen, sondern auch für junge Mädchen. Frau Favre ist jung, voll heiligen Eifers, sie ist überzeugt, dass die Frauen als Behördemitglieder einen wichtigen sozialen Beitrag leisten.

Frau *Groux,* waadtländische Gemeinderätin, hatte nach ihren eigenen Worten die Chance, schon als junges Mädchen staatsbürgerlichen Unterricht zu erhalten. Vielleicht darum die Leichtigkeit, die Freudigkeit mit der sie über ihre Mitarbeit im Gemeinderat von Grandson spricht. Auch sie zeigt, dass Politik vom Menschen aus geht und immer wieder zum Menschen hinführt.

„*Die Demokratie ist kein Geschenk, sie ist eine Aufgabe.* Wie soll ein Staatsbürger in der Schweiz seine anspruchsvollen Aufgaben erfüllen können, wenn er nicht einen gründlichen staatsbürgerlichen Unterricht erhalten hat?" so fragte *Prof. Dr. Karl Schib* aus Schaffhausen. Knaben und Mädchen sollen diesen Unterricht gemeinsam besuchen. So stossen sie ganz ungezwungen und selbstverständlich auf die Frage des Frauenstimmrechts. Ein junger Mann, der in der Schule aktuelle politische Probleme mit Mädchen sachlich diskutiert, kann im Ernst den Frauen die Fähigkeit für die politische Mitarbeit nicht mehr absprechen.

Die hier skizzierten Referate wurden vor der 50. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht unter dem Vorsitz von Frau Dr. Lotti Ruckstuhl, Wil SG gehalten. 150 Delegierte, davon rund 1/3 aus Kantonen mit Frauenstimmrecht, nahmen daran teil. Dass auch die politisch noch rechtlosen Deutschschweizerinnen ihre Freude haben am parlamentarischen Betrieb, zeigten die Verhandlungen der Geschäftssitzung mit Jahresbericht, Jahresrechnung und Statutenänderung. Ein Bankett am Samstagabend, ein Ausflug nach den Schlössern Lenzburg und Hallwil diente dem persönlichen Gedankenaustausch.

Was Stadtrat Nil während des Banketts über Aarau, seine politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse berichtete — auch Nationalrat Gloor und Grossrat Hohl ergriffen das Wort —, war ein ausgezeichneter staatsbürgerlicher Abriss, aus dem als besonders interessant erwähnt sei: Aarau mit seinen 4800 Stimmberechtigten löst seine gesetzgeberischen Aufgaben noch immer an den Gemeindeversammlungen und hat sie noch keinem Gemeinderat (Legislative) delegiert. *F. S.*